

Dr. Wolfgang Freisleben

# DAS AMERIKA SYNDIKAT

Wie die souveränen  
Staaten Europas  
zur Kolonie der  
USA verkommen

© des Titels »Das Amerika Syndikat« von Dr. Wolfgang Freisleben (978-3-95972-006-9)  
2016 by FinanzBuch Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH, München  
Nähere Informationen unter: <http://www.finanzbuchverlag.de>

FBV

## EINLEITUNG

Noch nie befand sich die Europäische Union (EU) in einer derart existenziellen Krise wie jetzt. Der »Brexite«, also der – vorerst potenzielle – Austritt Großbritanniens, eine Serie von Terroranschlägen und Amokläufen in Frankreich, Belgien und Deutschland, die unbewältigte Flüchtlingswelle und die wachsende Unzufriedenheit der EU-Bürger mit der wirtschaftlichen wie politischen Entwicklung lassen Zweifel an den Fähigkeiten der Politiker-Kaste und der Konstruktion der Union hochkommen. Es scheint sogar, als müsse sich die EU neu erfinden.

Tatsächlich befinden sich die EU-Staaten mächtig unter Druck. Und dieser geht vom Finanzsystem aus, in dem die Führer der mächtigsten Institutionen Maßnahmen setzen, die den europäischen Banken eine historisch nie gekannte Abmagerungskur auferlegt haben. Präsident Mario Draghi von der Europäischen Zentralbank (EZB) verfolgt ebenso wie die US-Notenbank Federal Reserve (FED) und die Bank of Japan eine »Nullzins-Politik«, die im Zinsgeschäft kaum Gewinne zulässt. Die globalen Renditen bei Zinspapieren sind die niedrigsten seit 500 Jahren, zehn Billionen Dollar stecken sogar in Anleihen mit negativen Renditen.<sup>1</sup>

Gleichzeitig setzt die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die Zentralbank der Zentralbanken mit Sitz im Schweizerischen Basel, den europäischen Banken die Daumenschrauben an. Deren Regulierungswerk Basel III wurde nach der Bankenkrise 2008 bis 2012 mit überraschender Kurzsichtigkeit zurechtgezimmert, so dass Basel IV bereits in Arbeit ist. Es verordnete den Großbanken binnen kürzester Zeit eine derart massive Erhöhung der Eigenkapitalquoten, dass sie die Schleusen der Kreditflüsse in die Realwirtschaft zudrehen mussten, um auf diese Art die Eigenkapitalvorgaben zu erfüllen, sofern Kapitalerhöhungen nicht ausreichten. Es kam, wie es schon 1936/37 in den USA gekommen war, als der Federal Reserve Board den Banken zwangsweise höhere Kapital-

reserven abverlangt hatte. Auch damals versiegten die Kreditströme und zogen eine monetäre Austrocknung der Realwirtschaft nach sich, die ein dramatisches Stocken der Investitionstätigkeit, eine Wachstumsverlangsamung der Gesamtwirtschaft und steigende Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Erst im Herbst 1937 revidierte der FED-Board die Politik des knappen Geldes und setzte die vorgeschriebenen Reserven der Banken wieder herab. Aber Geschichte dürfte bei der BIZ nicht gerade en vogue sein. Oder ist es eine gezielte Strategie?

Die Lage der europäischen Banken ist daher vergleichsweise trist. Geht es aber den Banken schlecht, dann geht es auch der Realwirtschaft kaum besser. Denn wenn aus den genannten Umständen deren Kreditvergabe klemmt, was ja in den letzten Jahren der Fall war, dann ist in der Realwirtschaft kein Wachstum möglich. Unwillkürlich denkt man in dieser Situation an das Credo des ersten EU-Lobbyisten Jean Monnet: »Der Mensch akzeptiert Veränderungen nur unter dem Druck der Notwendigkeiten.« Und Veränderungen sind seitens der EU-Kommission, der demokratisch nicht legitimierten De-facto-Regierung, das Ziel. Jean Monnets Geist weht unvermindert durch die EU, und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat dessen Strategien zu seinen eigenen gemacht. 2003 hielt Juncker mit seiner Kritik am Europäischen Verfassungskonvent nicht hinter dem Berg: »Der Konvent ist angekündigt worden als die große Demokratie-Show. Ich habe noch keine dunklere Dunkelkammer gesehen als den Konvent.« Und an der Krise fand er durchaus Gefallen, denn: »Europa findet immer nur durch Krisen zu mehr Integration.« Und mehr Integration bedeutet auch mehr Macht in immer weniger Händen. Da passen ja gerade die Rahmenbedingungen für den großen Wurf. In dieser Situation kann man Regierungen auch mit der Aussicht zur Unterschrift ködern, dass durch TTIP das Wirtschaftswachstum angeschoben und Arbeitsplätze vermehrt würden. Denn auf den Wahrheitsgehalt überprüfen lässt sich so eine Behauptung ohnedies nicht. Wie sagte doch Juncker noch? »Wenn es ernst wird, muss man eben lügen ... und ich habe oft gelogen!«<sup>2</sup>

Und da stellt sich angesichts der eher unorthodoxen Maßnahmen von BIZ und EZB die Frage: Wie viel von dieser Situation war von

den elitären Zirkeln der Finanzwelt gewollt? Und was ist ihnen ungewollt passiert? Der englische Lord Jacob Rothschild, 80, selber ein Insider des internationalen Finanz- und Machtkartells, räumt jedenfalls in seinem Statement zu Beginn des Halbjahresberichts zum 30. Juni 2016 seines börsennotierten Rothschild Investment Trust (RIT) ein: »Wir befinden uns in unbekanntem Gewässern und es ist unmöglich vor auszusehen, welche unbeabsichtigten Folgen die sehr niedrigen Zinsen haben werden, bei rund 30 Prozent der globalen Schuldverschreibungen staatlicher Emittenten mit negativen Renditen, verbunden mit quantitativer Lockerung (Quantitative Easing, QE) in großem Umfang«.<sup>3</sup>

## ZENTRALISIERUNG DER EU UNTER MÄCHTIGEM ÖKONOMISCHEN DRUCK

Die Finanzkrise erwies sich jedenfalls bisher als virtuoseres Vehikel, um die Zentralisierung der EU unter mächtigem ökonomischem Druck voranzutreiben. Zufällig waren einige, über ihre Großaktionäre eng miteinander verflochtenen New Yorker Großbanken am Zustandekommen der Krise maßgeblich beteiligt. Aber nur ein gutgläubiger Zeitzeuge glaubt daran, dass in der Finanzwelt irgendetwas rein zufällig geschieht. Verschwörungstheorie? Nein. Gelebte Praxis. Denn schließlich gab es in der New Yorker Wall Street hinter verschlossenen Türen Absprachen und einige ganz große Gewinner. So konnte z. B. die unter Rothschild-Kontrolle stehende Londoner Großbank Barclays aus dem Konkurs der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 einen großen Profit ziehen, indem sie das lukrative Amerika-Geschäft samt dem qualifizierten Personal zu einem Spottpreis übernehmen konnte und mit 1,8 Milliarden Dollar insgesamt unwesentlich mehr zahlte, als die gleichfalls übernommene Zentrale in Manhattan mit 1,2 Milliarden wert war. Die angesagte Übernahme vor dem Konkurs ließ Barclays-Boss Marcus Agius, ein Rothschild-Schwiegersohn, gezielt platzen. Lehman wurde dann absichtlich gekillt, indem das Bankensyndikat der Wall Street gemeinsam mit ihrer Federal Reserve Bank of New York (FRBNY) der Bank den normalen Geldstrom des Interbankenmarktes abdrehte,

ohne den Investmentbanken nicht überleben können, weil sie keine Spareinlagen halten dürfen.

2008 kam auch eine neue Wirtschaftsdoktrin des neoliberalen Finanzkapitalismus zur Geltung: Gewinne privatisieren, Verluste hingegen sozialisieren und nationalisieren. Das ging so weit, dass in den USA 2008/09 die Wall-Street-Banken zwar mit Dollar-Billionen aus Steuergeldern über Wasser gehalten wurden, die Topmanager mit diesen Steuergeldern aber sich und ihren Mitarbeitern viele Milliarden Dollar an Prämien auszahlten – Schweigegelder inklusive – und die Aktionäre mit fetten Dividenden verwöhnten. Die Rückstellungen für Boni sind bei Goldman Sachs beispielsweise auf den Rekordwert von 11,4 Milliarden Dollar gestiegen. Aus einem im August 2009 veröffentlichten Bericht des New Yorker Generalstaatsanwalts Andrew Cuomo geht hervor, dass neun staatlich gestützte Banken, die 175 Milliarden Dollar Staatsgelder aus dem US-Regierungsprogramm zur Bankenrettung (TARP) erhalten hatten, für 2008 Boni in Höhe von insgesamt 32 Milliarden Dollar ausgezahlt haben. Bei Banken wie Goldman Sachs und JPMorgan Chase war die Summe der Prämien höher als der Nettogewinn. Citigroup und Merrill Lynch machten zwar zusammen 28 Milliarden Dollar Verlust, schütteten aber 5,3 bzw. 3,6 Milliarden Dollar für Boni aus. Die traditionelle Bindung der Prämien an den Unternehmenserfolg war damit aufgelöst. »Es hat weder Hand noch Fuß, wie die Banken ihre Mitarbeiter entlohnen«, echauffierte sich Andrew Cuomo.<sup>4</sup>

Die genannten Großbanken fuhren schon im ersten Halbjahr 2009 wieder Milliardengewinne ein, als wäre nichts gewesen. Sie avancierten zu den großen Nutznießern der Geldmengensteigerung und der Liberalisierung. Ihr Anteil an den gesamten Unternehmensgewinnen lag in den USA 1969 bei zwei Prozent, in den 1980er-Jahren bei 3 bis 4 Prozent und erreichte 2009 bereits satte 41 Prozent – bei stark steigender Tendenz. In der Folge kletterten auch die Gehälter in der Geldbranche. Von 1948 bis 1982 hat sich die Durchschnittsvergütung zwischen 99 und 108 Prozent des Durchschnittswerts aller US-Privatunternehmen bewegt. Von 1983 an ist dieser Wert dann bis auf 181 Prozent im Jahr 2007 nach oben geschossen. »Dieser Reichtum verschaffte den Bankenchefs ein enormes politisches Gewicht«, schlussfolgert der frühere Chefvolkswirt

des Internationalen Währungsfonds (IWF), der US-Ökonom Simon Johnson.<sup>5</sup>

## EU-KARREN STECKT IM MORAST VON PROBLEMEN FEST

In der EU ist derweilen der Karren in einem Morast von Problemen ziemlich festgefahren. Diese Entwicklung haben Europas Bürger den neoliberalen Ratgebern aus Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), ebensolchen Thinktanks der USA und infizierten Ökonomen zu verdanken, für deren überholte Dogmen Europas Bürger die Zeche zahlen. Und statt eine taugliche Geldpolitik auf die Reihe zu bringen, tappt die Europäische Zentralbank (EZB) erfolglos auf dem Finanzparkett herum. Die vom US-Notenbanksystem Federal Reserve entlehnte Politik der Flutung der Banken mit billigem Geld entzündete jedenfalls im neunten Jahr der Krise noch immer keine selbsttreibenden Wachstumskräfte. Lediglich an den Aktienbörsen und Immobilienmärkten herrschte liquiditätsgetriebene Hochkonjunktur. Doch das ist eigentlich nicht der gewünschte Markt – zumindest nicht nach den Worten von Mario Draghi.

Es gab zwar Diskussionen und ein Nachdenken über wirtschafts- und finanzpolitische Zusammenhänge seit Beginn der Finanzkrise im September 2008. Doch die Emanzipation von (pseudo-)ökonomischen Glaubenssätzen, welche die letzten Jahrzehnte dominiert hatten, blieb aus. Statt zu einer Besserung hatten diese ja immer wieder zum Gegenteil geführt. Dennoch wurde das Mantra der neoliberalen Wirtschaft – Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung und generelle Marktöffnung – mit eiserner Faust durchgesetzt. Der Glaube an angeblich notwendige Kredite bildete dabei den zentralen Hebel zur Durchsetzung dieser Ideologie. Und obwohl sie dort, wo sie zur Anwendung kam – in den ehemaligen kommunistischen Ländern oder in Entwicklungsländern, aber auch in Europa – zu Staatsverschuldung und Abhängigkeit, zum Ausverkauf der regionalen Wirtschaft und zu vermehrter sozialer Ungleichheit geführt und die Zahl der Bank- und Finanzkrisen nicht ab-, sondern zugenommen hat, bleibt sie bislang offizielles Credo – auch wenn zunehmend mehr Ökonomen Zweifel an ihr hegen.

Die heute vorherrschende Wirtschaftstheorie des sogenannten freien Marktes vermag verschiedene ökonomische Probleme nicht zu erklären. Gegenbeispiele sind eigentlich alle Länder, die sich erfolgreich entwickelt haben: Sie haben das alle aufgrund strategischer Intervention der Regierung und durch Industriepolitik geschafft. Es gibt kein Land, das aufgrund einer Politik des freien Marktes zur Wirtschaftsmacht wurde. Ob das jetzt Großbritannien ist, Amerika, Deutschland, China oder Japan und Südostasien.

Aus theoretischen Annahmen, die einer empirischen Prüfung an der Realität nicht standhalten, werden entsprechend falsche Schlussfolgerungen abgeleitet. Die gesamte Theorie der freien Märkte, der Wirkung von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung bricht in sich zusammen, wenn sich zeigt, dass die zugrundeliegenden Axiome und Bedingungen mit der Lebensrealität des Menschen und der Wirtschaft nicht vereinbar sind.

Kaum eine der vorherrschenden ökonomischen Theorien bezieht überdies den Vorgang der Geldschöpfung adäquat mit ein, und auch die Rolle der Banken wird nicht realistisch abgebildet. Würde der Mechanismus der Geldschöpfung und die besondere Rolle und Position der Banken adäquater ins Auge gefasst, würden sie in der Folge neue Perspektiven für Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung eröffnen. Der an der Universität im englischen Southampton lehrende Ökonom und Finanzwissenschaftler Richard A. Werner, der übrigens den Begriff des »Quantitative easing«, der quantitativen Lockerung, ursprünglich 1994 geprägt hat, weist darauf hin, dass nicht die Geld- beziehungsweise Kreditschöpfung für sich allein genommen ein Problem darstellt, solange man sie zum Wohle der Staatsbürger nutzt und in die produktive Industrie leitet, in der durch menschliche Arbeit und Kreativität Wertschöpfung betrieben und damit Entwicklung ermöglicht wird. Dies allerdings erfordert eine volkswirtschaftlich orientierte Geld- und Wirtschaftspolitik, die primär an der Entwicklung vor Ort orientiert ist und deren Schutz verpflichtend sein müsste. Entsprechend kritisiert Richard Werner auch die Zentralisierung und Monopolisierung des Geldwesens in mächtigen Zentralbanken, allen voran der Federal Reserve, der Bank von England und der EZB, welche die quantitative Lockerung völlig konträr zum ursprünglichen Konzept anwenden und

das Geld nicht in die Realwirtschaft, sondern in die Finanzindustrie leiten. Das Ergebnis sind Preisblasen an den Aktien- und Immobilienmärkten, während die Realwirtschaft in einer Kreditklemme gefangen ist.<sup>6</sup>

Vor diesem Hintergrund drängt sich die Grundsatzfrage auf, ob Wirtschaften Selbstzweck sein darf oder sich den Interessen der Allgemeinheit unterordnen soll. Mit enormem Echo gerade auch in den USA hatte der französische Ökonom Thomas Piketty die Öffentlichkeit aufgerüttelt, als er in einem umfassenden Werk das Auseinanderdriften von Einkommen samt Vermögen in den Staaten aufzeigte. Gewinner ist eine schmale Schicht von Reichen und Superreichen, die immer reicher wird, während sich der Rest der Welt als Verlierer betrachten kann.<sup>7</sup>

Selbst wohlwollende Freunde des Marktes mahnen daher, es gelte nun, den Kapitalismus vor sich selbst zu schützen und die Wirtschaft durch strengere Regeln und vorgegebene Prioritäten wieder in die Gesellschaft einzubetten. Denn spätestens seit Beginn der Finanzkrise ist auch in bürgerlichen Kreisen Europas der Eindruck entstanden, ein entfesselter und fehlgeleiteter Kapitalismus sei schuld daran, dass die Welt aus ihren Fugen geraten ist. Daher stellt sich die Frage, ob die Marktkräfte tatsächlich Segen oder vielleicht auch Bedrohung für die Gesellschaft sind, wenn man ihnen erlaubt, nach ihren eigenen Gesetzen unabhängig von staatlich regulierendem Einfluss zu wirken.

Der Kapitalismus mit den freien Märkten hat jedenfalls bereits horrible Enttäuschungsgeschichten hinter sich: Den Börsenkrach 1929 mit der nachfolgenden Großen Depression; und das Pendant von 2008 mit den bis heute andauernden Bremswirkungen. Den Preis dafür müssen die Bürger zahlen.

Den großen Ökonomen der letzten Jahrzehnte fehlten seit Ende 2009 jedenfalls die Worte, um zu erklären, was in Europa tatsächlich vor sich geht. Man beschränkte sich auf Beschreibungen: Bankenkrise, Finanzkrise, Eurokrise, Staatsschuldenkrise. Mehr war nicht drin. Doch alles taugt nicht, um zu verstehen. Geld ist genug vorhanden, doch es taugt auch nicht. Denn es kommt nicht bei Wirtschaft und Konsumenten an. Daher lahmt die Konjunktur. Und plötzlich ist nicht Inflation das Schreckgespenst so wie zuvor

60 Jahre lang, sondern Deflation, also der Rückgang der Preise. In dieser Realität bieten weder Keynesianismus noch Monetarismus taugliche Rezepte. Und die Neoliberalen aus dem Geist der Freiburger Schule (Ordoliberalismus) und der Chicagoer Schule wie auch Vertreter der Österreichischen Schule u. a. nach Friedrich von Hayek haben nach dem Desaster vorerst eine Sendepause eingelegt, um sich nicht erklären zu müssen. Sie alle kommen nicht zurecht mit dem neuen Phänomen: Der Absonderung des Finanzkapitalismus von der Realwirtschaft in riesigem Umfang, des Geldes von der Ware. Der eine ein Parasit des anderen.

## DIE GESETZE DES GELDSYSTEMS WERDEN NICHT BEACHTET

Doch es gibt noch andere Grundgesetze der kapitalistischen Weltordnung, die niemand beachtet. Es sind die Gesetze des Geld- und Finanzsystems. Und darum dreht sich alles in diesem Buch. Dazu gehört, dass Geld nur durch Kredit entsteht. Oder dass Staatsschulden nie zurückgezahlt werden müssen und die Einkommensteuern dazu dienen sollen, die Zinsen zu bezahlen. Und dass dieses System zu einer steten Umverteilung von unten nach oben führt. Aber auch, dass das Geldsystem periodisch immer zusammenbricht, weil es antiquiert und fehlerhaft ist. Der Eckpfeiler lautet aber: Wer die Macht hat, Geld aus Luft zu erzeugen, der hat auch die Macht über Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Daher kann das System nie vom Volk als Souverän, sondern höchstens von den Finanzmächten geändert werden. Doch die werden Änderungen nur zu ihren eigenen Gunsten zulassen.

Die Flut von an sich wertlosem Geld, das allzu leicht über die Finanzmärkte in Realgüter umgewandelt werden kann, hat die Gewichte verschoben. Auf der einen Seite immer mehr Reiche, Super- und Megareiche, die in einem eigenen Kosmos leben, aber auch jenen der normalen Bevölkerung mit vergleichsweise geringen Erhaltungsbeiträgen benützen. Und sei es nur zur weiteren Bereicherung. Zu verdanken der politischen Macht des Geldes, die einen gnadenlosen Klassenkampf ermöglicht, wie uns der US-Milliardär Warren Buffett, als einer der offiziell Reichsten der Welt einer der

engsten Berater von Lord Jacob Rothschild und wahrscheinlich auch einer seiner Vermögensverwalter, unbekümmert aufklärte: »Ja, es gibt einen Klassenkampf, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt; und wir werden gewinnen.«<sup>8</sup> 2006 aber gab auch er zu: »Meine Freunde und ich sind lange genug von einem Milliardär-freundlichen Kongress verhätschelt worden.«<sup>9</sup> Und zwar auf Kosten der Masse der mehr oder weniger kleinen Steuerzahler, für die jeder Steuer-Euro oder -Dollar Kaufkraftentzug und Konsumeinschränkung bedeutet.

## KAPITEL 1

### DIE CIA-VERSCHWÖRUNG GEGEN EUROPA

Als der NSA-Abhörskandal im Sommer 2013 für abgeschlossen erklärt worden war, wurden die Dinge heruntergespielt und auf irreführende Schienen gesetzt, wie sich im Frühjahr 2015 herausstellen sollte. Der Unaufrichtigkeit der deutschen Bundesregierung folgte nämlich die Aufdeckung einer verfilzten Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Bundesnachrichtendienst (BND) und den amerikanischen Nachrichtendiensten zur intensiven Ausspähung der europäischen und deutschen Industrie. Und das warf Fragen nach der deutschen Souveränität auf und danach, ob nicht die sogenannte »Kanzlerakte« weiter existiert – so wie schon seit Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Mit der bindenden Unterschrift unter ein vorgefertigtes Schreiben an die Botschafter der drei westlichen Sieger- und Besatzungsmächte – USA, Großbritannien und Frankreich – musste jeder Amtsinhaber für das deutsche Kanzleramt das unterschreiben, was Willy Brandt bei Amtsantritt zunächst als »Unterwerfungsbrief« empört zurückwies. Es war so etwas wie ein schriftlicher »Treueschwur« gegenüber der US-Regierung. Dass diese Kanzlerakte mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag der beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten, in Kraft getreten am 15. März 1991, abgeschafft wurde, ist eher unwahrscheinlich. Denn wie könnten sonst von deutschen Militärbasen unter US-Kontrolle mörderische Aktivitäten wie die Drohneneinsätze in fernen Ländern gesteuert werden? Das hat mit gemeinsamer Verteidigung aber auch gar nichts zu tun. Für die obersten Verfassungsorgane wie dem Bundespräsident, dem Präsident des Deutschen Bundestags, dem Präsident des Bundesverfassungsgerichts und der Bundeskanzlerin wäre es eine staatspolitische Verpflichtung, diese kriminellen Aktivitäten zu unterbinden. Das würde dem Weltfrieden dienen und wird im Grundgesetz, dem bis heute keine echte Ver-

fassung gefolgt ist, ausdrücklich postuliert. Aber niemand schert sich offenbar darum.<sup>10</sup>

Gerade das, was über die Abhörpraktiken zu Lasten der deutschen oder europäischen Industrie durch den eigenen Nachrichtendienst bekannt wurde, ließ nicht nur an einen »Staat im Staate« denken, sondern auch daran, dass ein fremder Staat deutsche Staatsorgane übernommen hat und mit oder ohne Wissen des Kanzleramts gegen eigene deutsche Staatsbürger einsetzt. Die Krux liegt wohl darin, dass über die Verträge, wie sie anlässlich der Wiedervereinigung Deutschlands reihenweise abgeschlossen worden sind, um das eigentliche Ziel der Wiedervereinigung aus deutscher Sicht nicht zu gefährden, besatzungsrechtliche Bestimmungen dem wiedervereinigten Deutschland aufgebürdet worden sind. Mit der gemeinsamen NATO-Verteidigung haben diese besatzungsrechtlichen Bestimmungen übrigens nichts zu tun. Das hatte für die stärkste Wirtschaftsmacht Europas äußerst nachteilige Konsequenzen, wird aber von jeder Regierung geduldet. Die USA kommen da, wie es scheint, ihrem Endziel bedrohlich nahe: Der endgültigen Unterwerfung Europas; einer Art Kolonisierung.

#### VORBEREITUNGEN ZUR KOLONISIERUNG SEIT 1944

Die Vorbereitungen dazu hatten schon während des Zweiten Weltkriegs begonnen, als die USA zur Erlangung einer internationalen Dominanz den wesentlichen Rest der Welt 1944 in der Konferenz von Bretton Woods nötigten, den US-Dollar als Weltleitwährung anzuerkennen. Dank ihrer militärischen Stärke aufgrund schier grenzenloser Finanz- und Rüstungskraft hatte die Regierung in Washington alle Trümpfe in der Hand. Vom 1. bis zum 22. Juli 1944 bearbeitete die amerikanische Delegation in dem Badeort Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire Finanzminister und Notenbankgouverneure aus 44 Staaten, um deren Unterschrift unter das Bretton-Woods-Abkommen zu bekommen. Dabei setzte sich das Konzept des US-Beraters Henry Dexter White gegen das des englischen Ökonomen John Maynard Keynes durch. Dies gelang mit der Aussicht auf eine neue Stabilität des internationalen Wäh-

rungssystems, das durch den Weltkrieg aus den Fugen geraten war. Da sich seit der Weltwirtschaftskrise mehr als 75 Prozent der weltweiten Goldreserven im amerikanischen Besitz angesammelt hatten, konnten die Gastgeber mit der neuerlichen Einführung des Goldstandards für den US-Dollar glaubwürdige Stabilität und einen jederzeitigen Umtausch des Dollar gegen Gold zum Preis von 35 Dollar je Feinunze zusagen.

Fortan war die weltweite monetäre Führungsposition der Vereinigten Staaten einzementiert. Zur Kontrolle und Durchsetzung des Abkommens hatten die USA darauf bestanden, dass die Zentralen der Bretton-Woods-Institutionen, Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF), in der US-Hauptstadt Washington errichtet wurden. Beide dienen u. a. dazu, den Wall-Street-Banken die Tore zu den Entwicklungsländern zu öffnen. Die Bundesrepublik Deutschland unterwarf sich als gedemütigter Kriegsverlierer dem Bretton-Woods-System im Jahr ihrer Gründung 1949; mit Gesetz vom 28. Juli 1952 wurde das Abkommen gleichzeitig mit dem Abkommen über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ratifiziert.

## EUROPÄISCHE UNION ALS AMERIKANISCHES PROJEKT

Die politische Elite der USA verfügte nunmehr über die Macht, das Projekt der »Vereinigten Staaten von Europa« mit dem Ziel zu lenken, der »Vielstaaterei des alten Kontinents« ein Ende zu setzen. Vielstaaterei gilt heute als Codewort, um Kritiker der Brüsseler Allmacht-Bestrebungen zu brandmarken. Mit Ende des Zweiten Weltkriegs begann sofort die Weichenstellung. Das nach despotischer Herrschaft in Europa strebende Hitler-Deutschland war besiegt und besetzt worden. Kriegsverwüstung und Mangelwirtschaft in weiten Teilen des Kontinents öffneten den USA alle Möglichkeiten der Einflussnahme auf die künftige Entwicklung Westeuropas.

Vorgegeben wurde der Weg zum heutigen Europa von den USA im Kontext des Kalten Kriegs. Der kommunistische Umsturz in Prag am 24. Februar 1948 spielte dabei als Schreckgespenst eine

wichtige Rolle. Er unterstrich die Glaubwürdigkeit der USA, die Sowjetunion fortan als Gegner zu manifestieren.

Als erstes und hocheffizientes Mittel zur politischen Lenkung in eine bestimmte neue Richtung Europas diente der Marshallplan (ERP-Programm) zum Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Er wurde vom amerikanischen Außenminister George C. Marshall am 5. Juni 1947 vorgeschlagen und postwendend von der UdSSR und ihren Satelliten-Staaten im Juli 1947 auf dem Kongress in Paris – erfolglos – abgelehnt. Weil damals die auf Hochtouren laufende amerikanische Industrie in eine Überproduktionskrise abzurutschen drohte, ging es für die USA schon damals vor allem darum, sich den freien Zutritt zu den ungeschützten Märkten Europas zu sichern. Die amerikanischen Regierungen strebten zwar seither ein integriertes Europa an, waren aber gleichzeitig darauf bedacht, die amerikanische Führerschaft zu verankern. Auf dieser Absicht basierte 1949 auch die Gründung des militärischen Nordatlantikpakts NATO (North Atlantic Treaty Organization), der nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Hegemonie gewährleisten sollte.<sup>11</sup>

John Foster Dulles, der spätere Außenminister und »Kreuzfahrer des Kalten Kriegs«, hat aus den US-Ambitionen damals keinen Hehl gemacht. In einer Rede vor dem Auswärtigen Ausschuss des Senats im November 1947 hatte er zu Protokoll gegeben: »Von Grund auf schlecht ist der Zerfall Westeuropas in mehrere kleine Wirtschaftseinheiten [...]. Europa hat immer unter der Geißel seiner Staatenvielfalt gelitten.«

## WIRTSCHAFTSORGANISATION OEEC AB 1948

Unverblümt verlangte Washington von den Begünstigten des Marshallplans daher, ein gemeinsames Organ zur Verwaltung der Kredite zu schaffen. So kam es am 16. April 1948 zur Gründung des Europäischen Wirtschaftsrats (Organisation for European Economic Co-operation – OEEC), einer Art Vorläufer der EWG. Er war das erste westeuropäische Lenkungsinstrument im Interesse der USA als Nachfolger des CEEC (Committee of European Economic

Cooperation) und vereinte die am Marshallplan teilnehmenden 16 europäischen Staaten unter der Aufsicht von den Oberbefehlshabern der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone Deutschlands. Er stand zunächst unter der Leitung von Averell Harriman, der nach seiner Zeit als US-Handelsminister von 1946 bis 1948 ab 1950 das ERP-Programm koordinierte.

In dieser ersten Freihandelszone konnten die souveränen Staaten Europas erstmals zusammenarbeiten. Der im Krieg zusammengebrochene Zahlungsverkehr funktionierte ebenso rasch wieder wie der grenzüberschreitende Kapitalverkehr. Handelsschranken fielen. Durch die Tatsache, dass die OEEC zunächst die europäischen Demokratien mit einer Marktwirtschaft unter ihrem Dach versammelte, stellte sie einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zur europäischen Einheit dar. Sie blieb jedoch als dezentral strukturierte Organisation ein Organ der Regierungszusammenarbeit, die es nicht bis zur Einrichtung einer Zollunion schaffte. Die OEEC entsprach nämlich noch nicht dem Europakonzept der USA, weshalb sie nach weitgehender Erfüllung ihrer Aufgaben am 30. September 1961 in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) übergeführt wurde, der später noch weitere Staaten beitraten.<sup>12</sup>

Zielführender war hingegen die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), oft auch Montanunion genannt. Unter Federführung von Jean Monnet wurde am 18. April 1951 von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden der »Vertrag von Paris« unterzeichnet. Er gab allen Mitgliedstaaten Zugang zu Kohle und Stahl, ohne Zoll zahlen zu müssen. Eine besondere Neuheit war die Gründung einer hohen Behörde, die im Bereich der Montanindustrie, also der Kohle- und Stahlproduktion, gemeinsame Regelungen für alle Mitgliedstaaten treffen konnte. Die EGKS war damit die erste supranationale Organisation überhaupt und gilt als Vorläufer der EG.

Die Organe der EGKS, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) wurden am 8. April 1965 durch den sogenannten Fusionsvertrag zusammengelegt. Die rechtliche Selbstständigkeit der drei Gemeinschaften blieb hiervon jedoch unberührt.

## COUDENHOVE-KALERGI GAB DEN ERSTEN ANSTOSS

Damit wurde ein wichtiger Eckpfeiler für ein Europa nach den Vorstellungen der USA einzementiert, für das die US-Geheimdienste ab Ende des Zweiten Weltkriegs letztlich rund 20 Jahre eine subversive Tätigkeit entfaltet hatten. Details über den geheimdienstlichen Feldzug blieben jahrzehntelang geheim. Bis am 19. September 2000 die britische Zeitung *The Telegraph* ihren Lesern Einblick in die unter Verschluss gehaltenen amerikanischen Regierungsdokumente vermittelte, die in der Bibliothek der Georgetown University in Washington aufbewahrt sind. Obwohl von größter Brisanz, fanden diese Dokumente weder in den USA noch in Europa weitere Beachtung. Die Mainstream-Medien diesseits und jenseits des Atlantiks verweigerten sich – was nicht gerade ein Beweis für deren Unabhängigkeit war. Die Akten weisen jedenfalls in die Richtung, dass die Europabewegung auf dem Alten Kontinent mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957, aus der die Europäische Union (EU) hervorging, von der Regierung in Washington und deren Auslandsgeheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) über eine eigens gegründete Organisation gelenkt und finanziert wurde.<sup>13</sup>

Am 23. April 1948 hatte im New York University Faculty Club das erste Meeting einer verschworenen und einflussreichen Gruppe stattgefunden, um eine Organisation zur Unterstützung eines »freien und vereinigten Europas« zu gründen. Es war von dem damals in den USA lebenden und in Japan geborenen Österreicher Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi, dem späteren Gründer der Paneuropabewegung, organisiert worden. Als Präsident fungierte James William Fulbright, einer der Autoren der Entschließung des US-Kongresses über die Prinzipien einer europäischen Föderation. Der US-Botschafter in der Sowjetunion 1933 bis 1936, William C. Bullitt, agierte als Vizepräsident der fortlaufenden Konferenzen. Das neu gegründete »Amerikanische Komitee für ein Vereintes Europa« (American Committee on United Europe – ACUE) stellte ab April 1948 bis tief in die 1960er-Jahre die Weichen in Europa. Es förderte die Blockbildung in Westeuropa mit dem vordergründigen Ziel einer europäischen Integration gegen den kommunistischen